

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos)

Ermittlungen gegen SPD-Spitzenkandidaten Steffen Krach

Anfrage des Abgeordneten MUDr. PhDr. / Univ.Prag Jozef Rakicky (fraktionslos) an die Landesregierung, eingegangen am 27.09.2026

Die Staatsanwaltschaft Hannover ermittelt seit dem 3. September 2026 gegen den beurlaubten Regionspräsidenten der Region Hannover, Steffen Krach (SPD). Es gilt die Unschuldsvermutung. Am 9. September durchsuchten Ermittler Krachs Büroräume in Hannover, seine Wohnung in Berlin-Schöneberg und die Zentrale der Berliner SPD. Sichergestellt wurden u. a. Datenträger und Krachs Handy.¹

Die Behörde nennt im Zuge ihrer Ermittlungen drei Anfangsverdachte: Vorteilsannahme in zwei Fällen sowie wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen in Tateinheit mit Verletzung von Geschäftsgeheimnissen und der Geheimhaltungspflicht nach GmbH-Recht. Krach selbst fasste die Vorwürfe so zusammen: Es gehe um eine Spende eines Unternehmers an den SPD-Landesverband Berlin, „die bei zwei Gelegenheiten im Zusammenhang mit einem behördlichen Verfahren von mir gefordert worden sein soll“, und um „eine behauptete unzulässige Weitergabe eines Bieterangebotes als Geschäftsgeheimnis im Zusammenhang mit einem Bieterverfahren für eine Immobilie“. Krach weist bislang alle Vorwürfe zurück.²

Sachlicher Kern ist die Nachnutzung des früheren Klinikums Lehrte, ein rund 30 000 Quadratmeter großes Grundstück des kommunalen Klinikums Region Hannover (KRH). Krach war als Regionspräsident zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des KRH. Im Bieterverfahren kamen zwei Unternehmen in die engere Wahl; der Aufsichtsrat erteilte am 19. Februar 2026 dem siegreichen Bieter den Zuschlag. Krach favorisierte nach eigenen Angaben das Konzept des unterlegenen Bieters, enthielt sich aber der Stimme. Noch während des laufenden Verfahrens ging am 29. Dezember 2025 eine Überweisung von 9 900 Euro von einer GmbH auf dem Konto der Berliner SPD ein, deren kommissarischer Vorsitzender Krach damals bereits war. Nach Darstellung Krachs und der Berliner SPD wurde der Betrag Anfang Januar 2026 zurücküberwiesen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt gleichwohl wegen des Verdachts, Spenden seien im Zusammenhang mit dem Verfahren gefordert und Bieterinformationen unzulässig weitergegeben worden. Bereits im Mai 2026 waren Geschäftsräume des unterlegenen Bewerbers durchsucht worden.³

Die Region Hannover unterliegt der Kommunalaufsicht des Landes. Das KRH ist ein kommunales Klinikunternehmen, dessen Immobilienvergabe öffentliche Interessen berührt - von der Krankenhausplanung bis zur Verwendung kommunalen Vermögens.

1. Wann hat die Kommunalaufsicht des Landes erstmals Kenntnis von möglichen Unregelmäßigkeiten beim Vergabeverfahren zur Nachnutzung des Klinikareals Lehrte erlangt - vor oder erst nach den Durchsuchungen am 9. September 2026?

¹ https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/ermittlungen-gegen-steffen-krach-worum-es-genau-geht,krach-132.html; <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ermittlungen-gegen-berliner-spd-spitzenkandidat-steffen-krach-201211042.html>

² <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-09/steffen-krach-spd-ermittlungen-vorteilsannahme-durchsuchung>; https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/hannover_weser-leinegebiet/ermittlungen-gegen-steffen-krach-staatsanwaltschaft-wird-konkret,krach-110.html

³ <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/ermittlungen-gegen-berliner-spd-spitzenkandidat-steffen-krach-201211042.html>; <https://www.tagesspiegel.de/berlin/verdacht-der-besteichlichkeit-um-diesen-deal-geht-es-bei-den-ermittlungen-gegen-steffen-krach-16039259.html>

2. Welche Aufsichtsrechte hat das Land gegenüber der Region Hannover und dem KRH bei der Veräußerung kommunaler Krankenhausimmobilien, und wie wurden diese Rechte im Fall Lehrte ausgeübt?
3. Hat das Innenministerium, das für Krankenhausplanung zuständige Fachministerium oder eine andere Landesbehörde Vergabeakten, Aufsichtsratsprotokolle oder Bieterunterlagen des KRH zum Standort Lehrte angefordert - und wenn nein, warum nicht?
4. Inwieweit war der Landesregierung bekannt, dass am 29. Dezember 2025 - während des laufenden Bieterverfahrens - 9 900 Euro an die Berliner SPD überwiesen wurden, deren kommissarischer Vorsitzender zugleich Aufsichtsratsvorsitzender des verkaufenden Klinikunternehmens war, und dass der Betrag nach Angaben der Partei Anfang Januar 2026 zurücküberwiesen wurde?
5. Welche Compliance-, Vergabe- und Befangenheitsregeln gelten für Regionspräsidenten, die zugleich den Aufsichtsrat kommunaler Klinikgesellschaften führen, und wer kontrolliert deren Einhaltung, wenn der Amtsinhaber parallel Vorsitzender einer Partei in einem anderen Land ist?
6. Wie bewertet die Landesregierung den von der Staatsanwaltschaft Hannover mitgeteilten Anfangsverdacht (Vorteilsannahme in zwei Fällen sowie wettbewerbsbeschränkende Absprachen in Tateinheit mit Verletzung von Geschäftsgeheimnissen), soweit er die Amtsführung in der Region Hannover betrifft - unter ausdrücklicher Wahrung der Unschuldsvermutung?
7. Welche Konsequenzen zieht die Landesregierung daraus, dass das KRH nach Medienberichten am 3. März 2026 Strafanzeige erstattete und bereits im Mai 2026 Geschäftsräume eines am Lehrter Verfahren beteiligten Unternehmers durchsucht wurden, ohne dass bis September eine öffentliche aufsichtsrechtliche Reaktion des Landes erkennbar war?
8. Plant die Landesregierung eine Prüfung, nach welchen Mindeststandards kommunale Krankenhausträger Immobilien vergeben (Dokumentation, Befangenheit, Umgang mit Parteispenden von Bietern), und welche dieser Standards will sie landesweit verbindlich machen?
9. In welcher Höhe waren oder sind Landesmittel, Krankenhausinvestitionsförderung oder Genehmigungen des Landes mit dem Standort Lehrte und dem geplanten Regionalen Gesundheitszentrum verknüpft?
10. Wer nimmt derzeit die Kommunal- und Dienstaufsicht über den beurlaubten, aber formal weiter amtierenden Regionspräsidenten wahr, und welche Möglichkeiten hat das Land, bei einem fortbestehenden Anfangsverdacht auf Amtsausübung oder Aufsichtsratsmandate einzuwirken?
11. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Hannover unabhängig geführt werden und die Kommunalaufsicht ihre eigene Prüfungspflicht nicht an die Strafverfolgung delegiert?
12. Welche Regelungen zur Beurlaubung, Amtsrufe und öffentlichen Darstellung gelten in Niedersachsen, wenn ein kommunaler Wahlbeamter in einem laufenden Ermittlungsverfahren als Kandidat in einem anderen Bundesland auftritt?
13. Inwieweit prüft die Landesregierung, ob Krach während der Beurlaubung weiterhin Zugriff auf dienstliche Unterlagen, Kommunikationsmittel oder KRH-Unterlagen hatte, die nun Gegenstand der Beschlagnahme sind?
14. Welche dienstrechtlichen Schritte (förmliche Prüfung, Disziplinarverfahren, Untersagung der Amtsführung) hält die Landesregierung für geboten, falls sich der Anfangsverdacht der Vorteilsannahme im Amt des Regionspräsidenten verdichtet?